

Verband der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST



BONN, Friedrich-Ebert-Allee 17D
Fernsprecher 24934 - 33
Fernschreiber 0886 990

E/XIV/122 - 4. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Richtungskämpfe in der SPD ? Notwendige Feststellungen	84
3 - 4	Zwischenfragen zur Konferenz Von Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD	82
5	Umriss eines Kompromisses Bericht aus Genf	51
6 - 7	Kein Mut zur eigenen Courage Wirtschaftliche Machtkonzentration - ein peinliches Thema bei der CDU	52

* * * * *
* * *

Richtungskämpfe in der SPD ?

ler. Eine Partei mit einer so grossen und ruhmreichen Tradition wie die deutsche Sozialdemokratie lebt von der Diskussion. Diskussionen sind notwendig, sie befruchten die Geister und bewahren eine demokratische Partei vor der Erstarrung. Totalitäre Parteien dagegen kennen nur den Befehl und den unbedingten Gehorsam, deren Anhänger und Mitglieder dürfen keinen Widerspruch erheben. Die deutsche Sozialdemokratie kennt kein Führerprinzip, sie ist eine Partei, in der sich Menschen aus allen Schichten unseres Volkes zusammengefunden haben, um für bestimmte politische Ziele, die sich an den Notwendigkeiten des Tages und der Zukunft orientieren, zu kämpfen. Diese Grundhaltung bestimmt das Verhältnis der Sozialdemokratie zu anderen Parteien und Ideologien. Seit sie die geschichtliche Bühne betrat, kämpft die Sozialdemokratie um die Verwirklichung der Demokratie unter sozialem Vorzeichen.

Die Sozialdemokratie war niemals eine bequeme Partei. Gerade weil sie sich zur Demokratie als der für das deutsche Volk angemessenen Lebens- und Regierungsform bekennt, hat sie seit ihrem Bestehen immer die Feindschaft jener Kräfte auf sich gezogen, denen die Demokratie aus den verschiedensten Gründen nicht behagte, sei es, um, wie im Kaiserreich, wirtschaftliche und politische Vorrechte aufrechtzuerhalten, oder aber, wie im Dritten Reich, die Diktatur einer totalitären Partei zu etablieren. Die gleiche Haltung, die die Sozialdemokratie in eine unveröhnliche Gegnerschaft zum Nationalsozialismus trieb, kennzeichnet auch ihren Standort zum Kommunismus. Die Kommunisten bejahen die Diktatur, sie verleugnen die demokratischen und parlamentarischen Spielregeln. Daher kann es zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus nie eine Gemeinsamkeit geben.

Das ist eine Binsenwahrheit. Wer jedoch die deutsche Presse der letzten Tage liest, muss zu dem Eindruck kommen, in der Partei eines Friedrich Ebert und Kurt Schumacher sei nun ein heftiger Meinungsstreit darüber ausgebrochen, ob es nicht Zeit wäre, die Stellung zum Kommunismus zu revidieren. Anlass dazu gaben einige Bemerkungen des Geschäftsführers der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Mommer. In Schlagzeilen heisst es, ein wilder Kampf zwischen "Linken" und "Rechten" innerhalb der SPD sei ausgebrochen, die Fraktion meutere gegen die politische Führungsspitze, der "Apparat" sei schwer angeschlagen. Ist hier nicht der Wunsch der Vater des Gedankens? Nichts wäre den Gegnern der Sozialdemokratie lieber, als würde all das eintreten, was man jetzt in einem Fall, dessen Auftauschung in keinem Verhältnis zu seiner tatsächlichen Bedeutung steht, hineindichtet. Diesen Gefallen wird die Sozialdemokratie, ihren Freunden zum Trost und ihren Gegnern zur Enttäuschung, den Urhebern dieser wohlgeleiteten Pressekampagne nicht erweisen. Schon deshalb nicht, weil sie dem

Gesetz treu bleiben wird, nach dem sie angetreten ist: Vorwärtstreibender Faktor einer friedlichen, auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit bedachten und den sozialen Rechtsgedanken verwirklichenden Politik zu sein.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich doch die von den Gegnern und Kritikern der SPD so betriebsam befolgte publizistische Auswertung eines parteiinternen Vorganges recht kläglich und kleinlich aus. An den Grundtatsachen vermag sie nichts zu ändern. Die Sozialdemokratie wird eine Verwischung des Gegensatzes zu den Kommunisten nicht zulassen, das steht ausserhalb jeder Diskussion. Wer gegen die Grundsätze des freiheitlichen Sozialismus verstösst und totalitären Ideologien huldigt, wird in der SPD keine politische Heimstatt finden können. Die Parteiausschlüsse der letzten Zeit beweisen zur Genüge, wie ernst es der Sozialdemokratie mit der Wahrung ihrer politischen und moralischen Integrität ist; vom Parteiausschluss wurden Menschen betroffen, die glaubten, sie könnten straflos unantastbare Grundsätze verletzen. Hier sind die "Linken" und die "Rechten", sofern diese politische Begriffsbestimmung überhaupt anwendbar ist, einig, das ist kein Objekt eines Richtungsstreites. Mit den deutschen Kommunisten gibt es kein Faktieren, das sollten auch die letzten politischen Analphabeten wissen.

Der Versuch, die Sozialdemokratie durch einen künstlich hochgezogenen Streit als politischen Faktor matt zu setzen, ihre politische und moralische Standfestigkeit zu bezweifeln, stösst auf die einmütige Abwehr aller ihrer Organisationen und Mitglieder. Wer Hoffnungen in dieser Richtung hat, sollte sie recht bald begraben, will er sich nicht den Ruf eines Illusionisten erwerben. Das geht nicht, eigentlich überflüssig, es zu betonen, auf Kosten der Diskussionfreude und des unerlässlichen Ringens um die richtigen politischen Erkenntnisse. Die Sozialdemokratie wird im Verfolg ihrer Aufgabe als einer grossen deutschen Partei nicht davon ablassen, dass auf zwischenstaatlicher Ebene im Verhältnis zur Sowjetunion ein Klima geschaffen wird, das der Wiedervereinigung günstiger ist, als es heute besteht. Sie wird, wie in früheren Jahren, die Politik einer Regierung bekämpfen, von der sie überzeugt ist, dass sie nicht dem Wohle des ganzen deutschen Volkes dient. Sie wird ihrer Rolle als Wächterin der Demokratie und als Motor des sozialen Fortschritts nicht untreu werden. All dies schafft keinen Boden für die von ihren Gegnern und Feinden gewünschten Richtungskämpfe, denn über das, was allen Sozialdemokraten gemeinsam ist, lässt sich wohl nicht gut ein Richtungskampf entzünden.

Zwischenfragen zur Konferenz

Von Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Nach den vorwiegend negativen Erfahrungen der Außenminister-Konferenz werden die Aussichten für Verlauf und Resultat einer auf Genf folgenden Gipfelkonferenz äußerst zurückhaltend beurteilt. Keiner erwartet mehr, daß Ost oder West von ihren sogenannten "Paket"-Vorschlägen zur Behandlung der deutschen Frage abgehen und sich der Beratung konkreter Lösungsmöglichkeiten dieser deutschen Frage zuwenden. Der Fatalismus in Sachen Wiedervereinigung hat so allgemein um sich gegriffen, daß man mit ihm beinahe kokettiert. Es wird schon als ein beachtlicher Unterschied empfunden, ob man der Ansicht zuneigt, die Gipfelkonferenz werde zwar kommen, aber sie werde nicht die deutsche Frage zum Gesprächsthema haben, oder ob man meint, es werde vorerst gar nicht zu einer Gipfelkonferenz kommen. Einer Lösung der deutschen Frage oder wenigstens Schritten in der Richtung zur Lösung der deutschen Frage im Verlauf der Konferenz von Genf oder der ihr möglicherweise folgenden Konferenz gibt niemand die Chance.

Natürlich geben die offiziellen Sprecher und Kommentatoren jeweils der Gegenseite die Schuld an dieser betrüblichen Aussicht. Wäre die Lage nicht so vertrackt, und bestünde nicht die Gefahr, daß ein Berlin-Kompromiß, der nicht mit der Aussicht auf eine sich anbahnende Deutschland-Lösung zurechtgemacht würde, die Zwangslage der Stadt und ihrer Bewohner verschlimmerte, könnte man sich mit der ironischen Bemerkung begnügen, beide Seiten hätten nicht so Unrecht. Aber der Lauf der Genfer Konferenz zwingt dazu, die Mahnung der Berliner Sozialdemokraten aufzugreifen und eindringlich an sie zu erinnern: "... daß der Friedensplan der Westmächte, der Deutschlandplan der SPD und andere geeignete Vorschläge in Auswertung der besten Positionen zu einer tragbaren Verhandlungsbasis entwickelt werden".

In Genf stellt sich leider heraus, was wir vor Genf befürchtet haben, daß die Konferenz der Außenminister nur in Bezug auf eine Berlin-Regelung den Charakter von Verhandlungen annimmt, während sie sich bei den übrigen Bestandteilen der deutschen Frage nicht über die Verkündung und Wiederholung programmatischer Forderungen zu erheben vermag. Der amerikanische Außenminister Herter, der in einer sympathischen Rede am Vorabend der Genfer Konferenz ausdrücklich betont hat, eine dauerhafte Lösung für Berlin allein gäbe es nicht, weil das Problem erst zu bestehen aufhöre, wenn Berlin wieder ein integrierender Bestandteil eines vereinigten Deutschland ist, wird nicht außer acht lassen, daß seine damals ausgedrückte Hoffnung, die Genfer Gespräche mögen "nüchterne Verhandlungen und keine Phrasen werden", sich nicht auf eine

Berlin-Regelung allein beziehen kann. Es sollte noch möglich sein, in Genf einige Schritte zu tun, die wenigstens zu Ansatzpunkten für eine weitere positive Behandlung der Probleme einer europäischen Sicherheitsregelung und der deutschen Frage führen, ohne daß dadurch eine der beiden Seiten fürchten müßte, ihr Gesicht zu verlieren.

Der amerikanische Außenminister hat vor Genf versichert, die USA könne ein dauernd geteiltes Deutschland nicht akzeptieren. Daran hat er die Erklärung geknüpft: "Wir erkennen jedoch an, daß die Folgen der Teilung Deutschlands während der letzten vierzehn Jahre nicht über Nacht beseitigt werden können. Die Wiedervereinigung muß daher schrittweise erfolgen".

Der sowjetische Außenminister Gromyko hat es inzwischen in Genf für denkbar erklärt, die vier Mächte könnten einander verpflichten, Bemühungen um die Vereinigung Deutschlands zu unterstützen, und es könnte eine entsprechende Vereinbarung zu einem Bestandteil des Vertrages mit Deutschland gemacht werden.

Warum sollte nicht - ungeachtet der zweifellos erheblichen Unterschiede und Gegensätze über den Weg zur Lösung der deutschen Frage - versucht werden, eine Brücke zu schlagen? Ein so unvoreingenommener Beurteiler der internationalen Lage wie der schwedische Außenminister Östen Undén hat vor Genf ernstlich zu erwägen geraten, die Westmächte mögen eine Form finden, die beiden Teile Deutschlands in eine gewisse Beziehung zueinander kommen zu lassen. Muß ein solcher offenbar nicht zu umgehender Versuch wirklich deshalb unterbleiben, weil die Propagendawalze der DDR so aufdringlich "Anerkennung" leiert? Ist Bundesaußenminister von Brentano zur Unbeweglichkeit verurteilt, weil der Leiter der DDR-Beraterdelegation Dr. Bolz - wenn auch mit der auf dieser Seite üblichen mißtönenden Begleitmusik - einen halben Schritt vorwärts getan hat, als er es für möglich hielt, eine aus Vertretern der beiden Teile Deutschlands zu bildende gesamtdeutsche Kommission könne sich auch mit anderen Fragen als denen eines Friedensvertrages befassen? Im westlichen "Paket" gibt es doch auch den Vorschlag, eine gesamtdeutsche Kommission zu bilden. Warum muß der Vorschlag auf Eis liegen?

Wenn in Genf ein Berlin-Kompromiß erörtert werden kann, kann auch ein Kompromiß zur Bildung einer gesamtdeutschen Kommission erörtert werden. Ja, es muß erörtert werden, wenn eine Berlin-Regelung ernstlich erwogen wird.

+ + +

Umriss eines Kompromisses

G.M., Genf

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sind infolge einiger Indiskretionen die Grundzüge eines Kompromisses in der Berlin-Frage bekannt geworden, von denen allerdings offiziell behauptet wird, sie seien lediglich Verhandlungsgegenstand und nicht etwa eine bereits beschlossene Sache. Aber bereits am Mittwochabend haben nahehafte Journalisten aus sechs Ländern in einer Sendung von Radio Genf von diesem Kompromiß gesprochen, dessen entscheidender Inhalt jenseits vieler Vorstellungen liegen dürfte, die man noch bis vor kurzem hatte.

Der Kompromiß, von dem hier die Rede ist, basiert auf der Grundlage der sowjetischen Anerkennung des Rechtes der Westmächte, Truppen in Berlin zu belassen. Allerdings sollen Truppenstärke und Bewaffnung begrenzt werden, so daß die Anwesenheit der westlichen Truppen einen ausgesprochenen symbolischen Charakter haben würde. Ost und West wollen eine neue Regelung für das Verhältnis der beiden Stadtverwaltungen in Ost- und West-Berlin zueinander anstreben und gemeinsam darauf hinwirken, daß "propagandistische Exzesse" und die Untergrundtätigkeit in Ost- und West-Berlin "gedämpft" werden.

Offen soll nur noch die Frage sein, ob die Westmächte eine symbolische Beteiligung der Sowjetunion an der Stationierung von Besatzungstruppen in West-Berlin billigen und ob eine gemischte Kontrollkommission mit Beteiligung von Vertretern aus Ost- und West-Berlin die Vereinbarungen kontrollieren soll.

Selbst wenn dieser Kompromiß zustandekommt, steht im Hintergrund immer noch die Frage, welche Dauer er haben kann. Die Westmächte streben eine Garantie-Erklärung der Sowjets bis zur Wiedervereinigung Deutschlands an, während die Russen diese Frage offenlassen wollen und zu erkennen geben, sie würden den jetzt ausgehandelten Kompromiß bis zur Gipfelkonferenz garantieren.

Die am späten Mittwochabend in Genf bekannt gewordene Meldung, wonach die Westmächte Bedenken gegen die für den 1. Juli in Berlin vorgesehene Wahl des Bundespräsidenten erhoben haben, wird allgemein bereits als ein Ergebnis der bisherigen Geheimverhandlung der vier Außenminister angesehen.

In den westlichen Delegationen verwehrt man sich gegen die Behauptung, daß der oben skizzierte Kompromiß für die Berlin-Frage - der übrigens am Donnerstagmorgen auch in der schweizer Presse seinen Niederschlag findet - als Kapitulation vor den Forderungen der Sowjets zu werten sei. Man ist zwar nicht so naiv, von einem "großen Erfolg" zu sprechen, weist jedoch darauf hin, daß die von Gromyko in öffentlicher Sitzung ausgesprochene Anerkennung der "legalen Anwesenheit" von Besatzungstruppen in West-Berlin im Verhältnis zum November-Vorstoß Moskaus ein "Fortschritt" sei.

Natürlich besteht immer noch die Möglichkeit, daß durch eine überraschende Wendung der Dinge der sich jetzt herauschälende Kompromiß in der Berlin-Frage einige Variationen erlebt. Keinerlei Meinungsverschiedenheiten dürften jedoch darüber bestehen, daß nur der Berlin-Komplex als Verhandlungsergebnis den Ausgangspunkt für Empfehlungen an die Gipfelkonferenz bildet, wobei allerdings noch offenbleibt, ob man dieses Ergebnis ausdrücklich im Abschlußkommunique der Außenminister-Konferenz festlegt oder es nur in Form eines "Gentlemen-Agreement" an die Regierungschefs weiterleiten wird.

Kein Mut zur eigenen Courage

W.J. - Als im Herbst vergangenen Jahres wirtschaftliche Konzentrationsvorgänge in das Licht der Öffentlichkeit gerieten, bewiesen eine Reihe von Abgeordneten der Regierungsparteien erstaunlichen Mut. Sie erreichten, daß sowohl die CDU/CSU - als auch die DP-Fraktion eine gemeinsame Große Anfrage über die Konzentration wirtschaftlicher Macht einbrachten. Zwar waren die neun Fragen der beiden Fraktionen nicht unbedingt hochnotpeinlich, aber die Tatsache, daß die sonst so viel gepriesene Wirtschaftspolitik der Bundesregierung die Machtkonzentration auch dort zugelassen hatte, wo sie im Interesse der Gesamtwirtschaft weder erforderlich noch erwünscht ist, beleuchtet doch das Ungewöhnliche des Vorganges. Außerdem löst eine Große Anfrage mit Sicherheit auch eine große Debatte aus - und dort konnte man an Hochnotpeinlichem erwarten, was in den Fragen nicht enthalten war.

Indessen hatte die Große Anfrage der CDU-Bundestagsfraktion ein eigenartiges Schicksal. In der Regel müssen nämlich Große Anfragen innerhalb von 14 Tagen beantwortet werden. Benötigt die Bundesregierung eine längere Frist, so entspricht es gutem parlamentarischem Brauch, es der anfragenden Fraktion zu überlassen, ob sie sich mit der Fristverlängerung einverstanden erklärt. Die Große Anfrage der Regierungsparteien wurde am 4. Dezember 1958 eingereicht und da nach Ablauf der Zwei-Wochen-Frist die Weihnachtsferien des Bundestages begonnen hatten, so ergab sich automatisch für die Bundesregierung eine Beantwortungsspanne von rund anderthalb Monaten. Man konnte also Ende Januar mit der Debatte rechnen.

Bis heute hat sie nicht stattgefunden. Und vor den Sommerferien ist nach den Planungen des Ältestenrates auch nicht mit der Beratung zu rechnen. Inzwischen hört man, daß sich die Bundesregierung, das heißt die verschiedenen beteiligten Ministerien nicht einig sind über die Antwort, die man dem Parlament und der Öffentlichkeit geben soll. Die Regierungsparteien selbst zeigen sich keineswegs neugierig

auf die Antwort ihrer Minister. Sie waren zur Debatte bereit, als sie die sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten auf einer Auslandsreise weit vom Schuß wußten und demnach mit einer Vertagungsbitte der Opposition rechnen konnten. Als jedoch die SPD-Wirtschaftler nach Bonn zurückkehrten, schwand der Mut zur eigenen Courage und mit neu erwachter Geduld verzichteten die Fragesteller auf eine baldige Antwort. Mittlerweile sind sie sogar so weit zurückgewichen, daß sie die Konzentrationsdebatte in der Ehrenflut der Regierungserklärung im Anschluß an die - keineswegs sichere - Wahl Adenauers zum Bundespräsidenten untergehen lassen wollen.

So wenig die Bundesregierung in der Lage war, die neun Fragen der Regierungsparteien zu beantworten, so eilfertig wußte sie in dem eben verabschiedeten Parteiengesetz-Entwurf vorzuschlagen, daß - wie der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Dr. Menzel feststellte - eine reelle Angabe über die Herkunft der Parteien-Geldmittel verhindert und die großen Spenden überhaupt nicht erfaßt werden. Die Großindustrie wird für solche Diskretion sicherlich dankbar sein. Ob die großen Spender gleiche Freude auch nur über eine Diskussion wirtschaftlicher Machtkonzentration bekunden würden und wie sie sich gar zur gesetzlichen Bekämpfung wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch unerwünschter Konzentration stellen würden, ist eine ganz andere Frage!

+ + +
"Weg mit dem Draht ..."

H.St. - Überraschend haben die Zonenbehörden an der schleswig-holsteinischen Zonengrenze die Grenzsperrren wegräumen lassen. Das Rätselraten ist groß. Sollen die drei früheren Übergangsstellen Schlutup, Eichholz und Rothusen bei Lübeck wieder geöffnet werden? Will man anläßlich des Besuchs von Diplomaten in Kiel die Sperrmaßnahmen an der Zonengrenze verniedlichen? Auch das scheint angesichts des SED-Bekanntnisses zur deutschen Spaltung in Genf unwahrscheinlich. Da kam ein Vopo-Offizier und gab eine plausible Erklärung. Mit dem burschikosen Zynismus, der Landsern in allen Armeen eigen zu sein scheint, erklärte er "rostiger Stacheldraht sei in der Landschaft unschön". Ihm war sicher nicht klar, wie genau er damit den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Allerdings: es ist nicht nur der rostige Draht, der stört, es ist Draht in jeder Form, der das deutsche Volk in Ost und West trennt. In Wahrheit ist es leider so, daß wenige Wochen zuvor Pläne des Pankower Innenministeriums bekannt geworden sind, wonach auch die wenigen freien Stellen der Zonengrenze zugedrahtet werden sollen. Wenn nicht alles täuscht, wurde der Draht bei Lübeck nur entfernt, um ihn durch neue blitzende Hindernisse aus der volkseigenen Produktion zu ersetzen. Das ist eine eigenartige Begleitmusik zu den Forderungen nach einer Entspannung zwischen den deutschen Teilstaaten, wie sie in Genf erhoben werden.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler